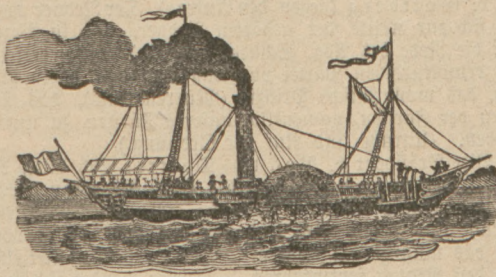


Danziger Dampfboot.

N^o. 40.

Montag, den 17. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.



1862.

32ster Jahrgang.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portchaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. Dieſige können auch monatlich mit 10 Sgr. abonniren.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

[Wolffs Telegraphisches Bureau.]

Weimar, Sonnabend 15. Februar, Nachmitt. Die Kammer hat die von dem Abgeordneten Fries beantragte Adresse einstimmig angenommen. Dieselbe spricht sich für Einführung einer deutschen Centralgewalt mit einem deutschen Parlament aus und berührt die hessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit. Der großherzogliche Staatsminister hatte die nationale Politik der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Abreſtentwurf in einer ausführlichen Rede entwickelt.

Von der polnischen Grenze, Sonnabend 15. Februar.

Vorgestern sind in Warschau die Kirchen feierlich eröffnet worden, die Kathedrale durch den Erzbischof selbst. In einer Anrede an das zahlreich versammelte Volk widerrieth der Erzbischof das Absingen verbotener Hymnen und verbürgte entschieden die gnädigen Absichten des Kaisers, falls weitere Manifestationen unterbleiben.

Von der polnischen Grenze, Sonntag 16. Febr.

Nach Berichten aus Warschau vom gestrigen Tage hat der amtliche „Dziennik“ 143 Verurtheilungen publicirt für Betheiligung an den Unruhen vom Anfange des Kriegszustandes bis zum 27. Jan. d. J.

Breslau, Sonnabend 15. Februar.

Die „Schl. Ztg.“ meldet in einer Korrespondenz aus Warschau, daß der Erzbischof beim Empfange der Geistlichkeit das Singen verbotener Lieder abgerathen habe. Sämmtliche gefangene Geistliche seien nach Rußland abgeführt worden, Schlenker sei zur Internirung nach Wologda, 60 Meilen hinter Moskau, verurtheilt worden.

Wien, Sonnabend 15. Februar.

Der Papst hat für die Ueberschwemmten in Oesterreich 6000 Gulden gespendet. Der Erzbischof von Udine, Trevisanato, ist zum Patriarchen von Venedig ernannt worden.

Wien, Sonnabend 15. Februar, Abends.

Der Prinz von Wales hat heute seine Reise fortgesetzt.

Brüssel, Sonntag 16. Febr.

Nach der „Indépendance“ hat in Paris die Adreß-Kommission die Reihenfolge der Fragen über die äußere Politik festgestellt, darunter eine, die Kenntnißnahme der Vergleichsvorschläge fordert, wie sie die Regierung nach der Depesche Thouvenel's zur Versöhnung Roms mit Italien vorzulegen beabsichtigt hatte.

London, Sonntag 16. Febr.

Nach Berichten aus New-York vom 2. d. würde Banks zum Marineminister ernannt werden. In Norfolk und Richmond herrschte in Folge der Expedition des General Burnside ein panischer Schrecken.

Kopenhagen, 14. Februar.

Heute fand im Reichsrath die Discussion über die Zulagebewilligung für das Ministerium des Auswärtigen statt. Helsen hob die Wichtigkeit einer Anknüpfung diplomatischer Verbindungen mit China und Japan hervor. Blixen-Finecke fragte, warum keine Ausgäbe für eine Gesandtschaft in Italien angeſetzt wäre und ob der Minister des Auswärtigen die Darstellung der Gespräche mit dem englischen Gesandten, wie sie im Blaubuch des englischen Parlaments enthalten, als authentisch anerkenne. Der Minister des Auswärtigen antwortete, daß in Italien über die Form der Repräsentationen im Norden noch Verhandlungen obſchwebten, deren Resultat man

erst abwarten müsse. Die Darstellung des englischen Gesandten sei genau, der Natur der Sache nach sei es aber unmöglich, ein vollständig getreues Bild der mündlich geführten Gespräche zu geben. Die Regierung verhandle durch die Vermittlung der Niederlande wegen eines Tractates mit Japan und hoffe mit Hilfe Englands an einer erweiterten Handelsfreiheit in China theilhaftig zu werden.

London, 14. Februar.

In der heutigen Sitzung des Oberhauses theilte Graf Russell auf eine Anfrage des Grafen Stanhope, daß der Regierung keine neuere offizielle Mittheilungen über Verſenkungen von Steinschiffen bei Charleston zugegangen seien. Die Regierung habe in Washington erklärt, daß sie eine permanente Zerstörung der südlichen Häfen nicht für gerechtfertigt erachte und habe die Bundesregierung erwidert, daß sie eine permanente Zerstörung nicht beabsichtige.

— In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Lord Palmerston die Anfrage des Herrn Forster dahin, daß die mit Belgien schwebenden Unterhandlungen über einen Handelsvertrag, England auf den Fuß der begünstigten Nation stellen würde. Die belgische Regierung lege die größte Bereitwilligkeit an den Tag, dem englischen Handel jede Rücksicht angedeihen zu lassen.

(H. N.)

Eine preußische Antwort.

Die identische Note, welche Oesterreich in Verbindung mit einigen andern deutschen Regierungen an Preußen gerichtet hat, ist schneller beantwortet worden, als man erwarten durfte. Bereits am vorigen Freitag hat der preußische Gesandte in Wien dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Note eingehändigt, welche die Antwort in einer Weise giebt, wie sie der Ehre und Würde Preußens angemessen ist. Gleichlautende Noten sind auch an diejenigen Regierungen gegangen, die sich zu Genossen Oesterreichs in dieser Angelegenheit gemacht. Der Wortlaut der Note ist nach der Mittheilung der „Stern-Z.“ folgender:

Wien, den 14. Februar 1862.

Der unterzeichnete außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. Majestät des Königs von Preußen ist beauftragt, die Note, welche der kaiserlich österreichische Gesandte Graf Karolyi unterm 2. d. M. an den königlichen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Bernstorff, gerichtet hat, in nachfolgender Weise zu beantworten.

Die Bemerkungen, welche der gedachte Herr Gesandte der Erwägung der königlichen Regierung mittels jener Note anzupfehlen beauftragt worden ist, beziehen sich auf die bei Beurtheilung der Bundesreformvorschläge des Freiherrn v. Beust preußischerseits der königlich sächsischen Regierung gegenüber ausgesprochenen Ansichten über den heilsamsten Weg zur Reform des Bundes.

Diese Ansichten gingen im Wesentlichen dahin, daß ein Versuch, den ganzen Bund durch Herstellung einer wirksamen Exekutive mit Volksvertretung und gemeinsamer Gesetzgebung in bundesstaatlicher Richtung umzugestalten, mit ernstlicher Gefahr für dessen Fortbestehen verbunden sein müßte; wogegen der Bestand des Bundes nicht gefährdet sein würde, wenn unter Festhaltung der völkerrrechtlichen Grundlagen des Ganzen, für eine engere Vereinigung seiner Glieder auf dem Gebiete des innern Staatsrechts der Weg der freien Vereinbarung betreten und jene für das Ganze vorgeschlagenen Einrichtungen: Exekutive (militärischer Oberbefehl und einheitliche Vertretung nach außen), Volksvertretung und gemeinsame Gesetzgebung, innerhalb solcher engerer Grenzen gegründet würden.

Die kaiserlich österreichische Regierung hat sich veranlaßt gefunden, dieser von preußischer Seite der königlich sächsischen Regierung kundgegebenen Auffassung gegenüber

zu erklären, daß zu ihrem innigen Bedauern ihre Pflichten und ihre Ueberzeugungen ihr gleich entschieden verböten, sich solchen Anschauungen anzuschließen. Die königlich preußische Regierung würde sich bei Entgegennahme dieser Erklärung, welche eine ihr auch vorher schon bekannte Thatsache bestätigt, auf die Versicherung haben beschränken können, daß sie jenes Bedauern ihrerseits theile. Da aber die kaiserlich österreichische Regierung noch einen Schritt weiter geht und sich berufen führt, vom Gesichtspunkte der „allgemeinen Interessen Deutschlands“, sowie von dem des „positiven Rechts“, und unter Hinweisung auf die unheilvollen Folgen, welche Preußens Reformbestrebungen in früheren Epochen gehabt hätten, eine förmliche Verwahrung gegen die preußische Auffassung einzulegen, so will die königliche Regierung nicht verhehlen, daß ihr weder ein begründeter Anlaß, noch irgend eine Berechtigung zu einer solchen Verwahrung vorzuliegen scheint.

Dieser Schritt, welcher dadurch noch auffälliger wird, daß er verabredetermaßen in identischen Noten gleichzeitig von mehreren Bundesregierungen gethan worden ist, entspricht so wenig dem Charakter des von der königlich sächsischen Regierung eingeleiteten Meinungsaustrausches über die von vielen Seiten als bringend notwendig anerkannte Bundesreform, daß die königliche Regierung sich nicht bewegen finden kann, danach noch auf irgend eine Erörterung der in der Note des kaiserlich österreichischen Gesandten aufgestellten Gegenansichten einzugehen.

Die Bedeutung der letzteren hat übrigens von Seiten Preußens bereits in einer früheren Zeit ihre entsprechende Würdigung gefunden. Es wird jedoch in Bezug auf die unheilvollen Folgen, welche ähnliche Bestrebungen in jener Zeit über Deutschland heraufzubeschwören gedroht haben sollen, daran erinnert werden müssen, daß es nicht Preußens Bestrebungen für die Reform der Bundesverfassung waren, welche jene Folgen herbeizuführen drohten, sondern daß es das Verhalten derjenigen Regierungen war, an deren Widerstand diese Bestrebungen damals scheiterten. Ihnen verbannt Deutschland die unveränderte Wiederherstellung der alten Bundesverfassung und damit einen dauernden Keim zu ähnlichen Wirren.

Wenn jetzt von derselben Seite durch die erwähnte Bemerkung der Note vom 2. Februar Anlaß dazu gegeben wird, daß diese Thatsache wieder in ihrem vollen Lichte erscheint, und wenn man sich dabei auf die Sorge um die Sicherheit und den moralischen Frieden Deutschlands beruft, welche man durch Preußen bedroht finden will, so ist der Augenblick dafür um so weniger glücklich gewählt, als man gleichzeitig gezwungen ist, das Reformbedürfnis einzugehen, dessen rechtzeitige Befriedigung man schon einmal verhindert hat.

In der gewissenhaften Erfüllung der Bundespflichten, in der Vertretung wahrhaft deutscher Interessen, in dem ernstlichen Bemühen, wohlberechtigten nationalen Anforderungen selbst gerecht zu werden und ihnen bei den anderen Bundesregierungen Geltung zu verschaffen, räumt die königlich preußische Regierung keinem ihrer Bundesgenossen den Vorrang ein. Sie hat aber aus dem Bewußtsein treuer Pflichterfüllung bisher keine Berechtigung zu einem Schritte hergeleitet, wie er mit der in Rede stehenden identischen Note von den theilhaftigen Regierungen gegen Preußen gethan worden ist.

Die königliche Regierung wurde in der Verwirklichung der am Schluß der Note angeordneten Reformansichten, wonach für den ganzen Bund eine Verfassung mit wirksamer Exekutivgewalt, gemeinsamer Gesetzgebung und Volksvertretung begründet werden soll, und an welche sich leicht das Streben nach einer weiter gehenden „politischen Consolidation“ mit außerdeutschen Gebieten schließen dürfte, wie dies in der Depesche des kaiserlich österreichischen Kabinetts vom 5. Jan. v. J. bereits hervorgetreten ist, eine weit größere Gefährdung des Bestandes des Bundes erkennen müssen, als in Reformen in derjenigen Richtung, welche Preußen in der Depesche vom 20. Decbr. v. J. bezeichnet hat.

Dennoch ist die königliche Regierung weit davon entfernt, schon der bloßen Kundgebung jener Ansichten über die Grundlagen der Reform mit einer Verwahrung entgegenzutreten. Sie glaubt im Gegentheil, ihr schließliches Urtheil darüber zurückhalten zu sollen, bis ihr ein bestimmt gestatteter Reformvorschlag mitgetheilt wird, welcher ihr das Verständniß der Absichten der kaiserlich österreichischen Regierung vollständig ermöglicht. Für jetzt erscheint der königlichen Regierung die Unausführbarkeit

einer Reform nach den vorliegenden allgemeinen Andeutungen als unzweifelhaft, und da dieselben in vollkommenem Widerspruch mit dem Standpunkt stehen, zu welchem sie selbst sich bekennen, so muß sie ihrerseits den Eintritt in Beratungen über eine Reform, auf solchen Grundlagen für untunlich erachten.

Der Unterzeichnete benutzte diese Gelegenheit, um die Ehre zu haben, Sr. Excellenz dem kaiserlich österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Grafen v. Rechberg, die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. (gez.) v. Werther.

Seiner Excellenz dem Herrn Grafen v. Rechberg u.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

10. Sitzung am 15. Februar.

Der Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Am Ministertische: der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf v. Bernstorff, v. Bernuth und der Regierungskommissar Geh. Legationsrath Abeken.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Berichts über die Anträge der Abgg. Bürger, v. Sanger und Gen. und Dr. Birchow und Gen., die kurheffische Verfassungsfrage betreffend.

Zwei Anträge sind neu eingebracht, der eine von dem Abg. Bresgen und Gen. ebenfalls in der deutschen Frage der andere vom Abg. v. Rönne (Slogau) betr. den Eid der Juden.

In der darauf eröffneten Debatte über die kurheffische Frage ergreift zuerst das Wort:

Der Abg. v. Carlomiz: Der Redner spricht von der Berechtigung Preußens zur bewaffneten Intervention. Man habe immer über Revolutionen geklagt, jetzt komme das Uebel von oben, dem monarchischen Prinzipie werde dadurch der größte Abbruch gethan. Die heffische Frage sei eine deutsche Frage. Nicht allein in der kurheffischen, sondern auch in der deutschen Frage müssen wir rasch und entschlossen handeln.

Abg. Frese: Das Haus beschäftigt sich zum dritten Male mit der kurheffischen Frage, ohne daß sich seit dem Beginn der neuen Ära etwas Wesentliches geändert hätte. Die Rechtsfrage ist längst vollständig erledigt und bedarf keiner Erörterung. Ohne Konflikt mit Oesterreich wird es nimmer gehen, nirgends aber können wir uns besser engagiren als in Hessen, denn hier fällt für uns das Interesse der Freiheit mit dem der Macht zusammen. Die heffische Frage ist so recht vom Schicksale offen gelassen, um mit ihr und durch sie die deutsche Frage zu lösen. (Sehr gut links.) Wer glaubt, daß wir in Deutschland ohne Konflikt mit dem Bundesrechte vorwärts kommen, muß ein sehr harmloses Gemüth sein.

Graf Bernstorff: Der Herr Vorredner hat Schleswig-Holstein meine Heimath genannt; ich bin weber dort geboren, noch habe ich persönliche Beziehungen zu diesem Lande; ich bin nur Preuße und will nichts anderes sein (die letzten Worte sprach der Minister mit starker gehobener Stimme).

Abg. Kerst: Er bedauere, nicht überzeugt sein zu können, daß das Ministerium das ganze volle Recht wahren werde. Das Ministerium habe sich nicht unumwunden zum Kommissionsantrage bekannt. Die kurheffische Frage sei eine Kriegsfrage. Redner spricht von dem Eid, den der Kurfürst auf die Verfassung von 1831 geleistet, ob er berechtigt sei, ihn zu brechen, oder ob die Würzburger befugt seien, ihn von dem Eide zu entbinden. Wer einen Eid bricht, sei ein Meineidiger. Das seien seine bürgerlichen Ansichten. — Die heffische Frage sei nur durch das preussische Schwert zu lösen. Das und die Anerkennung Italiens seien die einzige würdige Antwort auf die wenig verschämten Zumuthungen Oesterreichs. Preußen könne sich immer halten durch die Mittel, mit denen es erworben worden sei. Unterwirft sich Preußen, wie der Redner fast fürchtet, so lenke es für immer von seiner Weltstellung ab. Gott gebe uns Männer von dem Schrote eines Stein in dieser Zeit zu Ministern.

Abg. Lünig spricht von der gewissenlosen Vergewaltigung des Rechts in Kurhessen. Nur durch Festigkeit, Geschicklichkeit und Entschlossenheit könne man die Gegner beseitigen. Mit Widerwillen wende man sich von der Heuchelei ab. Die Bundes-Kommissare hätten in Kurhessen mit großer Leichtfertigkeit gehandelt. Das Haus müsse dem Kurfürsten die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 anbefehlen. Unser Gesandter in Kassel sei kein Gassenpflüger, er halte sich aber geflissentlich von der verfassungstreuen Partei fern; es sei von ihm nichts zu erwarten. Er freue sich, daß unsere Diplomaten jetzt deutsch schreiben sollen; er würde sich noch mehr freuen, wenn der Minister den rechten Mann nach Kassel schickte, der dort auch deutsch rede. (Bravo.) Wenn die letzten Würzburger Noten Preußen nicht zum Handeln brächten, dann sei nichts mehr zu hoffen.

Abg. v. Mallinckrodt tadelt es, daß in diesem Hause deutsche Fürsten geschimpft werden könnten, ohne vom Präsidenten eine Rüge zu erfahren. (Der Präsident, zweite Vice-Präsident v. Bodum-Dolffs, erjuch den Redner, vorsichtiger Ausdrücke zu wählen.) Der Redner tadelt dann die Angriffe auf den Gesandten in Kassel, Hr. v. Sydow. Der König habe keinen treueren Diener als diesen Gesandten, und er hoffe, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Veranlassung nehmen werde, seinen Beamten gegen derartige Vorwürfe in Schutz zu nehmen.

Minister Graf Bernstorff: Zu dem was der Vorredner über die in diesem Hause vorgekommenen persönlichen Ausfälle auf fremde Fürsten bemerkt hat, so müsse er im Namen der Regierung erklären, daß sie solche Ausfälle bedauere und jede Solidarität dafür ablehne. Was die Angriffe gegen den Hr. v. Sydow in Kassel betreffe, so würde er diesen auch ohne die Mahnung des Vorredners in Schutz genommen haben. Hr. v. Sydow sei ein treuer Diener des Königs und befolge genau seine

Instruktionen. Uebrigens sei er nicht bei einer Partei, sondern bei der Regierung in Kassel accreditirt.

Abg. Schulze (Berlin). Die politische Seite der Frage sei genügend behandelt worden. Ein festeres Vorgehen, eine entschiedenere Haltung der Regierung sei notwendig. Der Grad der Katastrophe in Preußen von 1850 liege in der ganzen dormaligen Politik, in dem ganzen politischen System. Der Kampf in Hessen sei einzig in seiner Art. Die Kläglichkeit und Zämmlichkeit der Rechtszustände einerseits, der tüchtige Volksinn, die höchste Beonnenheit und Ausdauer, die strengste Wahrung des Rechtsinns auf der anderen Seite. Auch in sittlicher Beziehung sei die Frage eine deutsche. Noth von oben und Rettung von unten, das sei nicht bloß heffisch, sondern auch deutsch. In dieser Frage muß Preußen sich wieder erheben.

v. Gottberg (gegen den Antrag). Der Redner wendet sich zur Kritik der gehörten Redner, und in Bezug auf die Rede des Abg. Schulze (Berlin) wirft derselbe der demokratischen Partei vor, daß ihre Ziele dahin gingen, das monarchische Prinzip (Murren links), das Ansehen der Fürsten, namentlich unseres Fürsten zu untergraben. (Unruhe und Ruf zur Ordnung.)

Vice-Präsident v. Bodum-Dolffs: Ich bitte, die Redefreiheit nicht zu stören, der Herr Abgeordnete hat lediglich seine persönliche Meinung geäußert. — Neue Unruhe und Rufe: „Es sind uns Verbrechen vorgeworfen, das muß gerügt werden.“ Der Präsident bittet einfach den Redner fortzufahren. — Dieser wendet sich weiter gegen die Rede des Abg. Schulze-Berlin: Es sei nicht gut, immer die wunden Flecken der preussischen Ehre (Unmuth) zu berühren, man würde darüber besser schweigen.

Eine Erklärung, wie sie der Kommissions-Antrag wolle, könne gar nichts wirken; auch könne unser parlamentarisches Leben nicht dadurch gewinnen, daß die Bundesvertretung sich wiederholt mit Fragen beschäftige, die eigentlich nicht zu ihrer Kompetenz gehören. Soll aber eine Erklärung abgegeben werden, so muß sie so beschaffen sein, daß die Regierung sich in der Möglichkeit befindet, der Erklärung zu folgen, was hier keineswegs vollständig der Fall sei. Die Frage, fährt der Redner fort, ist keine kurheffische, sondern ein Mittel, um die deutsche Frage auf eine Bahn zu bringen, die nicht zum Heile sein kann, die zu einer demokratischen Monarchie führt. Merkwürdig ist es, daß diejenige Partei, welche Preußen fortwährend zur Action in der deutschen Sache treibt, dem Staate die Mittel hierzu verweigern will. Ich fühle mich als Volksvertreter, aber auch als Unterthan des Königs von Gottes Gnaden und weiß, daß Preußens Könige früher für das Heil des Volkes thätig waren, ehe es Abgeordnete gab. (Gelächter erregt der Abgeordnete, als er mit Anspielung auf eine eben erzählte Anekdote sagt: „Ich will nicht, daß die Hohenzollern das Schwert mit dem Regenschirm vertauschen.“) Was zur demokratischen Monarchie führt, wie die vorgeschlagene Lösung der heffischen Frage, dem vermag ich mich nicht anzuschließen.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und vom Hause genehmigt.

Berichterstatte Abgeordneter Behrend (Danzig). Man habe als das Ziel der Fortschrittspartei feststämmer Weise einen Verfassungsbruch bezeichnet. Er wolle darauf nuch auf andere Angriffe und Einwendungen nicht eingehen. Was die Rechtsfrage betrifft, so war der Bundestag zu einem Einschreiten in Kurhessen nicht berechtigt. Wenn einzelne Bestimmungen der heffischen Verfassung bundeswidrig seien, so werde dadurch ein Einschreiten des Bundes keineswegs motivirt. Auch werde der Souveränität des Kurfürsten in der Erfüllung seiner bundesmäßigen Pflichten durch die Verfassung nicht beeinträchtigt. Eine Rechtsverletzung liege vor, selbst wenn sie nicht absichtlich oder tendentios begangen sei. In der wichtigsten Frage sei eine Uebereinstimmung mit der Staatsregierung vorhanden, was die gestrige Erklärung des Herrn Ministers beweise. Diese Erklärung erkenne das Wahlgesetz von 1849 an. Die kurheffische Frage dürfe nicht in der Schwebe gehalten werden; die Regierung werde andere Schritte als die am Bunde thun müssen. In jedem Falle sei das Amendement Reichensperger zu verwerfen, damit werde die Frage eine preussisch-deutsche. Der Standpunkt der „Nicht-Intervention“ sei nicht zutreffend, man wird lediglich die Folgen einer früheren Intervention abzuwenden haben. Wir provoziren in der heffischen Frage nicht, sondern wir sind provozirt worden. Die heffische Frage habe den liberalen Parteien nicht zum Vorwand gedient, den Beweis dafür lieferten die gestern eingebrachten Anträge. Der Feind Deutschlands sei die Rechtsverletzung.

Der Herr Minister des Auswärtigen, Graf v. Bernstorff, bittet den Referenten, der aus seiner, des Ministers Erklärungen, einige Folgerungen gezogen habe, sich streng an den Wortlaut dieser Erklärungen zu halten. Die Regierung habe bisher erklärt, daß sie die Frage in Betreff des Wahlgesetzes noch nicht in Betracht gezogen habe, und an diesem Standpunkt halte die Regierung auch heute noch fest.

Es erfolgt nun die Abstimmung. Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht und ausreichend unterstützt. Für den verlesenen Verbesserungs-Antrag des Abg. Reichensperger erhebt sich nur die katholische Fraction. Dagegen wird der Antrag der Kommission in namentlicher Abstimmung mit 241 Stimmen gegen 58 angenommen.

Nundschau.

Berlin, 15. Febr.

— Der Militair-Ausschuß hat in der gestrigen Bundestags-Sitzung einen Vortrag über den von Preußen, Hannover, Oldenburg und Bremen am 12. Juli 1860 gemeinsam gestellten Antrag auf „Befestigung der Nordseeküsten“ erstattet und folgende Vorschläge gemacht: 1) daß eine Spezial-Commission

in Hamburg niedergelegt werde, welche im Allgemeinen die Seitens des Bundes anzulegenden Vertheidigungs-Anstalten begutachten, resp. bezeichnen soll und welche von allen Bundes-Regierungen beschiedt werden könne; 2) die nähere Ausarbeitung der betreffenden Pläne der Commissaren der Uferstaaten zuzuweisen (die Abstimmung wird in drei Wochen erfolgen). Wie man sich erinnern wird, hatten die „Würzburger“ f. Z. geltend gemacht, daß ein Antrag, wie der von Preußen, Hannover u. gestellte, nur von dem Plenum ausgehen müsse, und so sind in den Vorschlägen des Militair-Ausschusses beide Anschauungen verschmolzen worden.

— Als Se. Majestät, der König heute Mittag von Potsdam hierher zurückkehrte und eben im Begriff war, auf dem Potsdamer Bahnhof in den Wagen zu steigen, stürzte sich plötzlich ein Mann, welcher unter den Zuschauern gestanden hatte, vor Ihm nieder, um die Allerhöchste Gnade für sich anzusuchen. Se. Majestät hörte den Mann, welcher seiner Tracht nach ein Bauer aus dem Ostpreussischen oder aus Litthauen zu sein schien, huldreich an und beschied ihn sodann nach seinem Palais.

— Der hiesige deutsche Verein „Deutsche Einheit und Freiheit“ wird in den nächsten Tagen seinen Halbjahrsbericht veröffentlichen. In demselben wird auseinandergesetzt, wie er bemüht gewesen, der englischen Presse richtigere Ansichten über die schleswig-holsteinische Frage beizubringen und die Gedanken des Vereins über eine mögliche Lösung der deutschen Einheitsfrage durch Verbreitung von Flugchriften in der Heimath zu fördern. Jedenfalls muß man diesem Vereine große Klüchtigkeit bei kleinen Mitteln nachrühmen.

Gotha, 13. Febr. Unser Staatsgrundgesetz enthält im §. 12 die Bestimmung: „Ist der Herzog regierungsunmündig, oder ist derselbe wegen körperlicher oder geistiger Schwäche oder aus einem anderen Grunde nicht im Stande, die Regierung zu führen oder fortzuführen, so tritt eine Regierungsverwesung ein.“ Da nun die letztere Eventualität durch die bevorstehende Reise des Herzogs nach Central-Afrika gegeben ist, so hat die Regierung den gemeinschaftlichen Landtag schon auf den 17. d. M. einberufen, um ihm eine desfallsige Eröffnung zu machen. Gleichzeitig wird der Landtag die Berathung der preussischen Militairgesetze vornehmen, um festzustellen, was nach Einführung der Convention von denselben diefalls zur Anwendung kommen soll.

Wien, 13. Febr. In den letzten Tagen sind neuerdings Instruktionen an unsere an den deutschen Höfen beglaubigten Gesandten abgegangen, ein Beweis, daß zwischen Oesterreich und den Würzburgern eine definitive Verständigung über die Bundesreformfrage noch nicht zu Stande gekommen ist. In den officiösen Kreisen versichert man indessen, daß die betreffenden Verhandlungen einen sehr guten Fortgang nehmen und eine Verständigung mit Bestimmtheit in Aussicht stellen. Daß die österreichischen Propositionen die Herstellung eines völlerrechtlich garantirten Defensivsystems Deutschlands bezwecken, welches auch auf die nicht deutschen Besitzungen der Bundesglieder ausgedehnt werden soll, kann trotz mancher Ablehnungen als feststehend betrachtet werden. Bis jetzt sollen Hannover und Württemberg beigestimmt haben, namentlich soll der erstere Staat entschlossen sein, rückhaltlos mit Oesterreich zu gehen. Weniger zufrieden ist man hier mit Baiern; man will wissen, daß es so gar Mühe gekostet habe, diesen Staat zu bestimmen, in Berlin die gegen den Standpunkt Preußens in der deutschen Frage protestirende Note zu überreichen. Auch an der Haltung Sachsens hat man manches auszustellen, was sich übrigens aus dem Charakter des Herrn v. Beust erklärt, der noch immer seine Politik als die einzig mögliche betrachtet und sicherlich früher oder später auf seinen Antrag zurückkommen wird, obschon derselbe in Berlin sowohl wie in Wien Fiasco gemacht hat.

— Gutem Vernehmen nach würde die militärische Eintreibung der Steuern in Ungarn eingestellt und die Erhebung derselben den provisorischen Komitatsbehörden überlassen werden.

Turin, 9. Febr. „Opinione“ meldet (aus Novigo) daß die Po-Linie außerordentlich scharf von Oesterreich bewacht werde, daß man auf Journale, Bücher, Schriften u. s. f. scharf und sogar die Postillon, die Diligence untersuche; zwei Generale und ein Oberst vom Geniecorps untersuchen die Linie, um neue Befestigungen zu errichten.

Rom, 11. Febr. Die Nachricht, als habe der Papst an den Erzbischof von Posen ein Breve gegen die politische Bewegung erlassen, ist falsch; eben so gilt die Erklärung, die in den Zeitungen dem Bischofe Bialobrzecski in den Mund gelegt wird, hier für erdichtet.

— Der „Lith. Corr.“ von Havas-Bullier wird aus Rom geschrieben, daß man allgemein daselbst an einen Abzug der französischen Truppen oder wenigstens an eine gemischte Besatzung Roms glaubt. Einstweilen verstärkt man die Soldaten- und Gensd'armen-Wachen in den Theatern, um Demonstrationen zu Ehren des Marquis v. Lavalette vorzubeugen. Mgr. Merode wirbt fortwährend die jungen Leute für seine Armee an, die, um sich der Militairpflicht zu entziehen, aus Umbrien und den Marken herüberkommen. General Goyon hat die päpstlichen Gensd'armen, welche den Ponte Felice an der äußersten Grenze Umbriens besetzt hielten, durch französische ablösen lassen. Die italienische Regierung hat längst der ganzen päpstlichen Grenze ihre Posten verstärkt. In Terni erwartet man ein Corps Cavallerie.

Türkei. Die öffentliche Sicherheit in Konstantinopel ist in den letzten Tagen des vorigen Monats wiederholt arg verletzt worden. Im goldenen Horn, unweit vom Mehlthore, also unweit der Hafenbehörde, wurden drei Fahrzeuge rein ausgeplündert, nachdem es zwischen der Besatzung und den Seeräubern zu hitzigen Gefechten mit Stich- und Schußwaffen gekommen war, wobei die Piraten Sieger blieben und mit ihrer Beute unbehelligt entkamen. Oberhalb Pera's, in der Nähe der neuen Friedhöfe, kam es ebenfalls zwischen Kroaten zu Gefechten, wobei mehr als 80 Pistolenschüsse gewechselt wurden, so daß selbst die bewaffnete Militairmacht Mühe hatte, die Kämpfenden zu zügeln. Abgesehen davon, daß es von beiden Seiten mehrere Verwundete gab, wurde auch der Kroaten-Chef Konstantinopels getödtet. Zur selben Zeit wurde eine aus 14 Köpfen bestehende Diebsbande 7- bis 10jähriger Knaben aufgehoben, welche seit geraumer Zeit ihren Unfug trieb. Sämmtliche Väter dieser jugendlichen Gauner sitzen übrigens bereits längere oder kürzere Zeit wegen Diebstahls im Gefängniß. — Die Türken haben dies Jahr eine reichere und zahlreichere Karawane nach den heiligen Stätten entsendet, als dies seit Jahren der Fall war.

Paris, 13. Febr. Die „Patrie“ bringt folgende Notiz: Man versichert, daß die dem Erzherzog Maximilian von den mexikanischen Abgesandten gemachten Vorschläge von demselben ernstlich geprüft worden sind. Er hätte, bevor er eine Antwort ertheilen werde, auf der Erfüllung folgender Bedingungen bestanden: Die mexikanische Bevölkerung soll ihren Willen kundgeben, eine liberale Monarchie im Lande einzurichten. Sie soll ungehindert und aus freiem Antriebe ihre Absichten in Bezug auf den zu wählenden Herrscher kundgeben. Diese Wahl endlich soll von Europa gebilligt werden.

— Der mit Marokko abgeschlossene Vertrag stellt die zur Abtragung der Entschädigung an Spanien zu zahlenden Gelder auf die Summe von 426,000 Pfd. fest.

London, 12. Jan. Die hier eingegangenen Beiträge für das Albert-Denkmal haben bereits die Höhe von 30,000 Pfd. erreicht. Für die ihm in verschiedenen Provinzstädten — Cambridge, Aberdeen, Manchester u. zu setzenden Denkmäler wird besonders gesammelt.

— In wenigen Tagen wird die Ausstellungscommission bekannt machen, wie viele Medaillen sie der Jury zur Vertheilung an Aussteller zur Verfügung stellen will. Im Jahre 1851 war auf je 5 Aussteller eine Preismedaille gekommen, da jedoch dies allgemein als unzureichend befunden wurde, und da bei der allgemeinen Pariser Ausstellung von 1855 das Verhältniß sich wie 4 : 1 herausstellte, wird auch diesmal kaum weniger denn Eine Medaille auf den vierten Aussteller kommen, wobei zu bemerken ist, daß es nur eine einzige Gattung Preismedaillen geben wird (im Jahre 1851 gab es deren 2), und daß kein Aussteller auf mehr als Eine in irgend einer Abtheilung oder Unterabtheilung Anspruch machen darf. Das Ausstellungsgebäude naht sich rasch der Vollendung. Am 12. soll es, dem Contracte zufolge, von den Bauunternehmern der königlichen Commission übergeben werden, und so wird es auch geschehen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 17. Februar.

— Der Oberstabs- und Regiments-Arzt vom 1. Leib-Gusaren-Regt. No. 1, Hr. Dr. Braune ist in gleicher Eigenschaft zum 2. Schles. Drag.-Regt. No. 8 versetzt. Zu seinem Nachfolger ist Hr. Dr. Ewer mann, bisher Oberstabs- und Regiments-Arzt vom 7. Ostpreuß. Inf.-Regt. No. 44. ernannt.

— Dem Hrn. Dr. Erdt, Stabs- und Bataillonsarzt vom 3. Bataillon des 3. Ostpr. Gren.-Rgt. No. 4 ist der Abschied mit Pension bewilligt.

— Die gestrige Abschiedsvorstellung des Hrn. Niemann trug demselben als Raoul in den Hugenotten wiederum neue Lorbeeren ein. Mit Applaus empfangen und während des Spiels unaufhörlich begleitet, wurde

der scheidende Gast zum Schluß bei dreimaligem stürmischem Hervorrufe von dem Orchester jedesmal mit einem Aufzuge beehrt.

— Für den am 1. März im Schützenhause stattfindenden großen Masken-Ball zeigt sich eine große Theilnahme im Publikum, da bekannt ist, daß Herr Seitz keine Kosten scheut, um denselben so glänzend wie möglich auszustatten.

— Am Freitage wurde der Schlitten des Herrn Zimmermann aus Dhra durch zu rasches Umbiegen und Schleudern an der Gasse beim Schuhmachermstr. Braunsdorff in der Heil. Geistgasse umgeworfen. Die beiden darin befindenden Damen, fielen so unglücklich gegen die dortigen Prellsteine, daß namentlich die Tochter des Getreidefactor Klein bedeutende Kopfverletzungen erlitt. Der Kutscher blieb unverfehrt. Demselben entglitt während des Falles die Leine aus den Händen und in wildem Carriere flog das Pferd durch mehrere Straßen; am Posthause wurde der Schlitten zertrümmert und in der Fleischer-Gasse gelang es endlich das muthige Thier zu bändigen und festzuhalten.

— Ein angeblicher Gärtner St., aus Ostrowo gebürtig, der nach seiner Erzählung dem Könige Franz von Neapel, nachdem er sich in Triest hat anwerben lassen, gedient, gegen Victor Emanuel in mehreren Schlachten gekämpft und in Geta 2 Wunden erhalten hat, geht jetzt hier in Danzig herum, Reisegeld sammelnd um zu seinem Bruder nach Charlottenburg gelangen zu können, der dort bei dem Hofgärtner Herrn Gintelmann als Obergärtner sein soll. Bei Herrn R. hier sind seine Bitten durch das Verfallen in Krämpfe eingeleitet worden, daselbst hat sich bei Herrn C. in L. wiederholt, der ihm mit Rücksicht auf seine Noth das vollständige Reisegeld per Eisenbahn bis Charlottenburg und noch 1 Thlr. zur Zehrung gegeben, dessen unerachtet ist derselbe bei Herrn C. in D. an demselben Abend erschienen und hat seine Bitten abermals mit Krämpfen unterstützt. Da dieser Mensch auch bei der hiesigen Regierung wegen kranker Füße eine Reiseunterstützung beantragt hat; nach dem Empfange der erbetenen Summe von Hrn. C. aber wiederum um Reisegeld anderweitig angeprochen hat, so konnte er es doch nur auf eine bettelrühige Selbsterpressung abgesehen haben. Außerdem wollte er von seiner Anwesenheit in L., von dem Empfange des Geldes dort nichts wissen, auch den Herrn C., der vor ihm stand, garnicht kennen, bis dieser ihm sagte, daß er ihm seine Karte gegeben und der St. sie in die Brieftasche gesteckt, wo sich dieselbe auch vorfand. Der St. ist der Polizeibehörde übergeben und wird seiner Strafe nicht entgehen.

* Dirschau, 17. Febr. Gestern Abend halb 6 Uhr entstand in dem fast neuen Pferdestall des Besitzers Post in Lissa ein Feuer, welches das Gebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Da glücklicherweise der Wind günstig stand, so ist ein Weitergreifen der Flamme verhindert worden. 16 Pferde sind ein Raub der Flammen geworden.

* Pr. Stargardt, 15. Febr. Die Pockenkrankheit greift leider auf dem Lande noch mehr um sich und zwar dergestalt, daß z. B. im Dorfe Bordschichow deshalb die Schule geschlossen werden mußte, im Dorfe Blewo ein sehr erheblicher Theil der Schuljugend den Schulunterricht veräumen mußte u. s. w. — In der Nacht vom 13. zum 14. d. Mts. brannte in Saaben eine Scheune ab, ohne daß die Entstehungsart des Feuers ermittelt worden, und ein Bürger hiesigen Orts ist auf dem Wege von Labuhn hierher erfroren aufgefunden worden. — Auf dem Lande haben sich Spuren von der Tollwuth unter den Hunden und der Räude unter den Schaafen gezeigt.

Gulm, 14. Febr. In der L. Rosenbergschen Remise bei Meyer ist ein großes Feuer ausgebrochen. Bis Abends 7 Uhr waren 2 Speiderräume abgebrannt.

Neidenburg. Vor ca. 8 Tagen, als wir hier 260 Kälte hatten, wurde die Post, welche aus Polen kommt, vergeblich erwartet. Ein ausgeschickter reitender Bote erfuhr, daß die Post die Grenze paßirt sei. Indem derselbe nun die Spur verfolgt, findet er endlich den Postwagen, welcher unverfehrt war, stillstehend, jedoch beide Passagiere, Postcondukteur und Postillon erfroren. Wahrscheinlich hatten dieselben bei der strengen Kälte zur Erwärmung spirituelle Getränke zu sich genommen und waren dadurch in einen Schlaf verfallen, aus dem sie nicht wieder erwachten.

Rönigsberg, 13. Febr. Der hiesige Handwerker- und Gewerbe-Verein beabsichtigen auf gemeinschaftliche Kosten ein Gebäude für ihre Versammlungen aufzuführen. Die Angelegenheit wird sehr eifrig betrieben, man ist jetzt mit der Wahl eines Bauplazes beschäftigt. Beide Vereine entwickeln ein sehr gesundes Leben und besonders der Handwerker-Verein erfreut sich einer äußerst regen Theilnahme. — Die Sterblichkeit ist seit Mitte December auffallend gestiegen. In den früheren Monaten und auch in anderen Jahren betrug die Zahl der Sterbefälle 40—50 für eine Woche, jetzt sind in einzelnen Wochen 90, einmal sogar 106 Todesfälle vorgekommen. Es sind besonders viele Kinder an der Bräune gestorben.

Gerichtszeitung.

Schwurgerichtsitzung vom 17. Februar 1862.

Vorsitzender: Herr Stadt- und Kreisgerichts-Director Ukert, Staats-Anwalt: Herr von Gräbenitz.

Zu Geschwornen sind für diese Sitzungs-Periode berufen die Herren: Kaufleute F. A. Beckmann, B. L. Goldschmidt, M. M. Goldstein, G. S. Grubel, W. R. Hahn, C. G. Haffe, J. G. Italiener, H. W. v. Kampen, J. G. Reyer, J. G. Klewer, Arzt Dr. v. Bodemann, Prof. Herbst, Oberlehrer Dr. Cosack, Schiffsmüller Hr. D. Domke, Rentier C. J. Drabant, Obristlieutenant A. D. C. Freyhold, Buchdruckereibesitzer A. W. Rasemann, sämmtlich von hier, die Hofbesitzer: R. Kling aus Schönbaum, Oberlehrer M. Glaassen aus Stegnerwerder, C. Wessel aus Stübau, J. Dröfen aus Gr. Zänder, Gutsbesitzer v. Tiedemann, Brandis aus Wojanow, J. F. Täubner aus Zankenczin, G. Götz aus

Wittstodt, L. Thymian aus Lissa, A. v. Palechke aus Seelau, A. Heering aus Decalitz, G. Hannemann aus Gr. Tuchom, R. Reyer aus Lissa, Geh. Regierungsrath a. D. Maquet aus Nenkau. Dispensirt wurden: Herr Glaassen ausnahmsweise wegen seiner Privatverhältnisse, Herr v. Kampen, der seine Gharthörigkeit nachwies, und Herr Hannemann, weil er ausweislich an epileptischen Zufällen leidet.

Zur Verhandlung kam heute nur eine Anklage wegen eines einfachen und eines Diebstahls mittelst Einbruchs.

Der Arbeiter Joseph Ehrust aus Pugitz, 28 Jahre alt, schon 3mal wegen Diebstahl mit 4 Monaten Gefängniß, sodann mit 2 Jahren Zuchthaus und ferner mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft, gelang es, während er diese letztere Strafe im Correctionshause zu Graudenz verbüßte, während seiner Beschäftigung bei der Außenarbeit zu entweichen. Er begab sich unter Benützung eines von ihm gefundenen, auf den Namen Joseph Krüger lautenden Passes in diese Gegend, und vermietete sich bei dem Fischer Schreiber in Zoppot um die Johanniszeit 1860 als Knecht, und zwar zunächst auf 8 Tage Probezeit. Einige Tage vorher waren, und zwar in der Nacht vom 11. zum 12. Juni 1860 dem Fischer Dlugi in Carliskau von dem Boden, auf dem er seine Schlafstelle hatte, und auf den man nur vermittelst einer, nicht verschlossenen Luke gelangen konnte, während Dlugi zum Fischfange ausgefahren war, mehrere frei daliegende Kleidungsstücke, ca. 6 Thlr. werth, entwendet worden. Ferner waren in der Nacht vom 13. zum 14. Juni auch dem Fuhrmannssohn Eduard Karpinski in Zoppot von dem Boden, auf dem er schlief, und der ebenfalls nur durch eine Luke befestigt werden konnte, gleichfalls Kleidungsstücke im Werthe von 8 Thlr. gestohlen, so daß der am Morgen erwachende Karpinski sich seines ganzen Anzuges beraubt sah. Die Luke war von innen mit einem Stricke zugebunden gewesen, dieser aber von außen zerschnitten worden. — Dlugi begab sich wenige Tage nach dem Diebstahl zu dem Fischer Schreiber, und nahm hier wahr, daß dessen Knecht mit dem ihm gestohlenen rothwollenen Hemde, welches er auf das Bestimmteste wiedererkannte, bekleidet war. Auch Karpinski der herbeigeführt wurde, fand, daß der Knecht seine ihm gestohlenen Hosen trug, und es wurde nun die Arretirung desselben herbeigeführt, wobei Ehrust denn mit seinem richtigen Namen nicht zurückhielt. Er wurde nach Graudenz zurückgebracht, und ist nun, nachdem er die zuletzt gegen ihn erkannte Strafe abgehüßt, hierher gebracht, um unter Anklage wegen der beiden vorgebachten Diebstähle gestellt zu werden.

Bei der heutigen Verhandlung der Sache leugnet der Angekl. seine Thäterschaft entschieden, er behauptet, in der Zeit vom 11. zum 14. Juni garnicht in Zoppot oder Carliskau gewesen zu sein, ohne jedoch hierfür Beweismittel anzugeben, und will die bei ihm gefundenen Kleidungsstücke von einem Manne Julius Werner aus der Straße gekauft haben, den er aber nicht näher bezeichnen kann. Er versichert, daß er zwar bis dahin stets gelogen, heute aber die Wahrheit gesagt habe.

Die Zeugen Dlugi und Karpinski befanden auf das Entschiedenste, daß die bei dem Angekl. gefundenen Sachen identisch mit den ihnen gestohlenen sind, und der Letztere wiederholt noch, daß der Strick, mit dem er die Bodenlücke zugebunden, sichtlich mit einem Messer zerschnitten worden; er schildert auch seine Verlegenheit, als er am Morgen nach dem Diebstahl erwacht und nun, weil alle seine Kleidungsstücke weggenommen, sich nicht vom Boden habe entfernen können.

Der Herr Staatsanwalt hielt die Anklage überall durch den erhobenen Beweis für begründet, und beantragte das Schuldig wegen eines einfachen und eines schweren Diebstahls. Der Vertheidiger, Herr Justizrath Liebert hielt die Thäterschaft des Angekl. für nichterwiesen, und beantragte event. die Fragestellung wegen mildernder Umstände. Auch der Angekl., der während der Verhandlung mehrfach sein Nebetalent zur Geltung gebracht hatte, bat die Geschwornen um das Nichtschuldig, ermahnte sie zur treuen Erfüllung ihrer Pflichten, wies auf die große Verantwortlichkeit, die sie durch ihren Spruch auf sich luden, hin und schloß mit der Ausführung: „daß es schlimm sei, schuldig, noch schlimmer aber, unschuldig zu sein.“ — Der Spruch der Geschwornen lautete auf Schuldig, und verneinte die Frage wegen mildernder Umstände, nahm aber den Einbruch im zweiten Falle nicht für erwiesen an. Der Angekl. wurde demnach wegen zweier einfachen Diebstähle im wiederholten Rückfalle mit 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Polizeiaufsicht bestraft.

Berlin, 15. Febr. [Vollbericht.] Wiederum haben heute über einen recht lebhaften Verkehr während der letzten Woche, der vorgeschriebenen Raumwollen berührte, zu berichten. Zu den Rämmern, die noch von der vorletzten Woche hier waren, traten andere bedeutende Rämmer und auch sächsische Händler hinzu, die 2000 Ctr. messen. von 67—69 Thlr., 1500 Ctr. russische Rückenwolle von 56—60 Thlr., 500 Ctr. litthauische Wollen Anfangs der 60er kauften. Es sind noch einige Käufer im Markt, so daß fernere Abschlüsse zu erwarten sind. (B. u. H.-Z.)

Breslau, 14. Febr. [Vollbericht.] Während der letzten acht Tage war es im hiesigen Geschäft ziemlich stille und betrugen die Umsätze kaum 800 Ctr. Man handelte Einiges in russischen Rückenwollen von 60 bis 65 Thlr., desgleichen Rückenwollen von 88—92 Thlr. und polnische Einfahren nebst Kammerwollen von 76—80 Thlr. Ebenso wurde etwas Serberwolle von 56—62 Thlr. verkauft. In den Preisen hat sich keine Veränderung herausgestellt. (B. u. H.-Z.)

Meteorologische Beobachtungen.

| | | | | |
|----|----|--------|-------|---------------------------------------|
| 16 | 12 | 335,57 | + 1,0 | WNW. mäßig, etwas durchbrochene Luft. |
| 17 | 8 | 336,00 | + 0,5 | SW. ruhig, bezogen, trübe. |
| 12 | | 336,02 | + 1,8 | do. do. do. |

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend, 15. Februar. Die vorige Sonntags-Depeche hatte die Stimmung unserer Kornbörsen doch ein wenig belebt, und für Weizen wurden am Montag willig etwas bessere Preise bewilligt. Dies dauerte aber nur bis Dienstag, und in Ermangelung besserer Nachrichten wurden Haltung und Verkehr so gelähmt, wie sie es je gewesen waren. Gestern zeigten sich die Verkäufer geneigt, das Geschäft wieder aufzunehmen und es wurden etwa 60 Lasten Weizen gehandelt, selbstverständlich mit einer Preisermäßigung, die jedoch nicht so erheblich war, um durchgehend einen Fall des Werthes notiren zu können. Feiner Weizen wird von solchen Schwankungen ohnehin schon seit geraumer Zeit gar nicht berührt. Extrafeiner glatter 136pf. 109 Sgr. pr. Scheffel; feiner 134. 35pf. 104, 105 Sgr.; hochbunter 130. 32pf. 97 bis 100 Sgr.; bunter u. hellbunter 128. 31pf. 94 bis 96 Sgr.; guter hellbunter 125. 27pf. 86 bis 90. 92 Sgr.; geringer bunter 122. 25pf. 82 bis 84 Sgr.; bester rother 127. 30pf. 88 bis 90. 92 Sgr.; ordinärer rother 120. 25pf. 75 bis 80. 82 Sgr. — Die Zufuhr von 200 Lasten Roggen war in den letzten Tagen nur um $\frac{1}{2}$ Sgr. niedriger anzubringen. 119. 27pf. 58 bis 60 Sgr., für 125pf. nach bekannter Norm. Auf Lieferung sind wieder 300 Lasten geschlossen; April, Mai fl. 365 pr. Last, Juni fl. 355, Alles auf 125pf. nach gleicher Norm; unter 122pf. darf nicht geliefert werden. — In Gerste, Erbsen, Hafer ist wenig gemacht. Kleine 104. 108pf. Gerste 37 bis 40 Sgr., 110. 114pf. 42 bis 44 Sgr.; große 108. 16pf. 40 bis 45 Sgr. Erbsen 47 $\frac{1}{2}$ bis 56 Sgr. 65. 77pf. Hafer 25 bis 30 Sgr. — An Spiritus kamen dieses Mal nur 400 Tonnen, dennoch wich der Preis. Kleinigkeiten wurden auf 16 $\frac{1}{2}$ Thlr. pr. 8000 angebracht, das Weisse auf 16 $\frac{1}{2}$ Thlr. — Wir haben mäßigen trockenen Frost mit wenigem Schnee. Für Rüben ist man jetzt nicht ohne Besorgniß.

Course zu Danzig am 17. Februar:

| | Brief | Geld | sem. |
|------------------------------------|-------------------|------|------|
| London 3 M. | tlr. 6.21 | — | — |
| Amsterdam 2 M. | 141 $\frac{1}{2}$ | — | — |
| St. Sch. Scheine 3 $\frac{1}{2}$ % | 90 $\frac{1}{2}$ | — | — |
| Westpr. Pf.-Br. 3 $\frac{1}{2}$ % | 88 | — | — |
| do. 4% | 99 | — | — |
| Staatsanleihe 4 $\frac{1}{2}$ % | 102 | 101 | — |
| do. 5% | 108 $\frac{1}{2}$ | — | — |
| Rentenbriefe 4% | 100 | — | — |

Producten-Berichte.

Danzig. Börsen-Verkäufe am 17. Februar.
Weizen, 50 Last, 132.33pf. fl. 615 pr. 86pf., 129.30pf. fl. 590 pr. 85pf., 130.31pf. fl. 590—600, 129. 128pf. fl. 547 $\frac{1}{2}$, 552 $\frac{1}{2}$ —565, 127.28pf. fl. 560, 126. 27pf. fl. 555, 124.25, 126pf. fl. 525—530.
Roggen, 50 Last, fl. 348—354 pr. 125pf.
Berlin, 15. Febr. Weizen 65—81 Thlr.
Roggen 52 $\frac{1}{2}$ Thlr. pr. 2000pf.
Gerste, große und fl. 36—39 Thlr.
Hafer 22—25 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 46—57 Thlr.
Rübsöl loco 12 $\frac{1}{2}$ Thlr.
Leinöl loco 12 $\frac{1}{2}$ Thlr.
Spirit 17 $\frac{1}{2}$ Thlr. pr. 8000% Tr.
Stettin, 15. Febr. Weizen 85pf. 75—82 Thlr.
Roggen 49—50 Thlr.
Rübsöl 12 $\frac{1}{2}$ Thlr.
Spirit 16 $\frac{1}{2}$ Thlr.
Königsberg, 15. Febr. Weizen 80—100 Sgr.
Roggen 55—62 Sgr.
Gerste gr. 38—42 Sgr., fl. 35—42 Sgr.
Hafer 25—32 Sgr.
Erbsen, w. 50—62 Sgr., graue 50—72 Sgr.
Bromberg, 15. Febr. Weizen 125—28pf. 68—70 Thlr.
Roggen 120—25pf. 43—45 Thlr.
Gerste, gr. 36—38 Thlr., fl. 25—30 Thlr.
Erbsen 36—42 Sgr.
Spirit 16 Thlr.
Graudenz, 15. Febr. Weizen 67 $\frac{1}{2}$ —97 $\frac{1}{2}$ Sgr.
Roggen 50—56 Sgr.
Hafer 28—29 Sgr.
Gerste 35—42 Sgr.
Erbsen 47 $\frac{1}{2}$ —52 Sgr.
Spirit 19—20 Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:
Appell.-Gerichts-Präsident von Schrötter a. Bromberg.
Lieut. im 1. Leib-Husaren-Regt. No. 1. Frhr. v. d. Goltz a. Pr. Stargard. Rittergutsbesitzer Plehn a. Altkirch.
Lieut. u. Rittergutsbesitzer Barbt nebst Schwägerin a. Niemierzewo. Domainenpächter Hagen a. Sobbowitz.
Kaufleute Günther a. Rathenow, Wallot a. Oppenheim, Joel a. Stettin, Stein a. Berlin, van Hemert Engert a. St. Petersburg, Grüneberg a. Grüneberg, Fry a. London, Honig a. Fürth.

Hotel de Berlin:

Kaufleute Westphal, Hirsch, Gohde, Bähr, Mehlhardt, Brte a. Berlin, Better a. Leipzig, Rohrt a. Gopping, Diesfeld a. Barmen, Roberweg a. Elberfeld.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Baron v. d. Goltz nebst Gattin a. Heinersdorf. Rittergutsbes. Plehn a. Vorkau. Gutsbes. Hegewald a. Reuteich. Ober-Inspector Dietrich a. Siemonsdorf. Assessor Brauns a. Königsberg. Rentier Ganzert a. Graubenz. Kaufleute Uthoff a. Leipzig, le Petit Pierre a. Marseille, Brunner, Cohnfeldt, Staus a. Berlin, Bergman a. Hamburg, Winter a. Erfurt.

Walter's Hotel:

Kreisgerichtsrath Grzywacz a. Tiegenhoff. Rittergutsbes. Kuhnke a. Sykorgin. Lieut. Pustar a. Hoch-Kelpin. Administrator Walter a. Grampe. Kaufleute Stobbe u. Claassen a. Tiegenhoff, Philippsch, Sengle, Thönmann a. Berlin. Wögel a. Leipzig. Lorenz u. Wedat a. Breslau, Gohler a. Grefeld, Wegell a. Münden, Puttkammer a. Bütow. Frau Rentier Hoffmann a. Königsberg. Frau Rentier Ziehms a. Kaufbeimen.

Hotel de Thorn:

Rentier Parud amaud nebst Familie a. Paris. Hofbesitzer Wessel nebst Gemahlin a. Stüblau. Oberschulze Claassen nebst Gemahlin a. Stegnerwerder. Schiffskapt. Sachs a. Elbing. Architekt Küstner a. Berlin. Defenome Zimbars a. Grefenfeld u. Pieske a. Pr. Stargard. Kaufleute Herzog u. Winkelhausen a. Pr. Stargard. Rüdiger a. Stuttgart, Wohlgenuth a. Magdeburg, Ritter a. Basel, Müller a. Erfurt, Rau a. Frankfurt a. D.

Hotel d'Alba:

Kaufleute Schiffmeister a. Berlin, Kessler a. Stettin. Apotheker Schröder a. Fürstenberg a. D. Opernsänger Faj a. Berlin.

Bekanntmachung.

Wir machen das Publikum auf die in der 6. Nummer unseres diesjährigen Amtsblatts enthaltene Bekanntmachung der Hauptverwaltung der Staatsschulden vom 16. Januar c., betreffend die stattgehabte 7. Verlosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 und auf die dazu gehörige Prämielliste, mit dem Bemerken aufmerksam, daß die letztere auch bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse, bei dem Königl. Haupt-Zoll-Amte hieselbst, bei dem Königl. Hauptsteuer-Verwalt. zu Elbing und Pr. Stargard, bei sämtlichen Königl. Kreisämtern, bei den Königl. Steuerämtern zu St. Albrecht, Dirschau, Langfuhr, Puzig, Schöneck, Tiegenhof und Tolkemit, ferner bei sämtlichen Königl. Landraths-Verwalt., sämtlichen Domainen- und Domainen-Rent-Verwalt., ingleichen bei sämtlichen Magistraten, bei den städtischen Kammereisen — in Danzig auch bei den im Rathhause vorhandenen Recepturen — und in den Büreaur des hiesigen Königl. Polizei-Directorii, der Polizei-Direction zu Elbing, sowie bei dem Königl. ländlichen Polizei-Amte hieselbst und beim Königl. Polizei-Amte Schöneberg zu Zänitz eingesehen werden können. Besizer gekündigter Schuldverschreibungen verlieren, wenn sie die Einlösung der letzteren in dem bestimmten Termine unterlassen, von diesem Termine ab die Zinsen des Kapitals und müssen es sich, bei späterer Einlösung, gefallen lassen, daß ihnen der Betrag der auf die fehlenden Coupons zur Ungebühr erhobenen Zinsen von dem Capitalbetrage abgezogen wird.
Danzig, den 8. Februar 1862.
Königliche Regierung.

Stadt-Theater in Danzig.

Dienstag, den 18. Februar. (5. Abonnement No. 16.)

Eine Poffe als Medicin.

Original-Poffe in 3 Akten von Friedrich Kaiser.
Mittwoch, den 19. Februar. (5. Abonnement No. 17.)

Die Stumme von Portici.

Große Oper in 5 Akten. Musik von Auber.
Mafanella — Herr Faj, als Gast.

Kasseneröffnung 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Anfang 6 Uhr.

R. Dibbern.

Alexandre's patent. Cement-Feder, durch ihre besondern Vorzüge bereits genügend bekannt, ist stets zu haben bei

Ernst Doubberck,

Buch- u. Kunsthandlung in Danzig,
Langgasse No. 35.

Ein junger Mann wünscht irgendwo in einem Speicher als Aufseher, Schließer oder sonst in einem ähnlichen Geschäft eine Stelle, auch will derselbe Arbeit leisten. Adressen unter A. H. in der Expedition dieses Blattes.

Berliner Börse vom 15. Februar 1862.

| | 3f. | Br. | Gld. | | 3f. | Br. | Gld. | | 3f. | Br. | Gld. |
|---|-----------------|-------------------|-------------------|------------------------|-----------------|-------------------|-------------------|----------------------------------|-----|-------------------|-------------------|
| Pr. Freiwillige Anleihe | 4 $\frac{1}{2}$ | 102 | 101 $\frac{1}{2}$ | Pommersche Pfandbriefe | 4 | 100 $\frac{1}{2}$ | 100 $\frac{1}{2}$ | Pommersche Rentenbriefe | 4 | 100 | — |
| Staats-Anleihe v. 1859 | 5 | 108 $\frac{1}{2}$ | — | Dosenische do. | 4 | — | 108 | Dosenische do. | 4 | 98 $\frac{1}{2}$ | 98 |
| Staats-Anleihen v. 1850, 52, 54, 55, 57, 59 | 4 $\frac{1}{2}$ | 102 $\frac{1}{2}$ | 101 $\frac{1}{2}$ | do. do. | 3 $\frac{1}{2}$ | 98 $\frac{1}{2}$ | 97 $\frac{1}{2}$ | Preussische do. | 4 | 99 $\frac{1}{2}$ | 98 $\frac{1}{2}$ |
| do. v. 1856 | 4 $\frac{1}{2}$ | 102 $\frac{1}{2}$ | 101 $\frac{1}{2}$ | do. neue do. | 4 | 97 $\frac{1}{2}$ | 96 $\frac{1}{2}$ | Preussische Bant-Antheil-Scheine | 4 | 122 $\frac{1}{2}$ | 121 $\frac{1}{2}$ |
| do. v. 1858 | 4 | 101 $\frac{1}{2}$ | 100 | Westpreussische do. | 3 $\frac{1}{2}$ | — | 88 | Oesterreich. Metalliques | 5 | 51 $\frac{1}{2}$ | — |
| Staats-Schuldscheine | 3 $\frac{1}{2}$ | 90 $\frac{1}{2}$ | 90 $\frac{1}{2}$ | do. do. | 4 | 98 $\frac{1}{2}$ | — | do. National-Anleihe | 5 | 61 $\frac{1}{2}$ | — |
| Prämien-Anleihe v. 1855 | 3 $\frac{1}{2}$ | 122 $\frac{1}{2}$ | 121 $\frac{1}{2}$ | do. do. neue | 4 | — | — | do. Prämien-Anleihe | 4 | — | 65 $\frac{1}{2}$ |
| Östpreussische Pfandbriefe | 3 $\frac{1}{2}$ | 90 $\frac{1}{2}$ | — | Danziger Privatbank | 4 | 97 $\frac{1}{2}$ | 96 $\frac{1}{2}$ | Polnische Schatz-Obligationen | 4 | — | 80 |
| do. do. | 4 | 98 $\frac{1}{2}$ | 98 $\frac{1}{2}$ | Königsberger do. | 4 | 96 | — | do. Cert. L.-A. | 5 | 95 $\frac{1}{2}$ | 94 $\frac{1}{2}$ |
| Pommersche do. | 3 $\frac{1}{2}$ | 92 | — | Magdeburger do. | 4 | 89 $\frac{1}{2}$ | 88 $\frac{1}{2}$ | do. Pfandbriefe in Silber-Rubeln | 4 | 85 $\frac{1}{2}$ | — |

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.

Empfehlung.

Bald nach meiner im Jahre 1816 erfolgten Rückkehr aus der Campagne wurde ich von periodisch wiederkehrenden rheumatischen Schmerzen, später von der Gicht in den Gelenken des ganzen Körpers heimgesucht, mußte anfänglich Wochen, später Monate lang das Bett hüten, und war dann zu allen Geschäften unfähig. Alle dagegen auf ärztliche Anordnung angewandte, so wie viele andere öffentliche angepriesene, von mir gebrauchte Mittel blieben ohne Erfolg.

Durch eine empfehlende Annonce des Hrn. Grafen v. Eulenburg aufmerksam gemacht, nahm auch ich, als ich im vergangenen Monat von der Gicht wieder sehr hart befallen wurde, meine Zuflucht zu den hier im Depot bei Hrn. Gustav Pohl zu habenden **Parigischen Baldwollwaaren**, in Verbindung mit **Waldwoll-Dei**. Der Erfolg ist glänzend ausgefallen, denn gleich nach den ersten Einreibungen der schmerzhaften Glieder mit dem Dei und Umwickeln mit **Waldwoll-Watte** ließen die Schmerzen nach, mein sonst Monate lang andauerndes Uebel war nach einigen Tagen verschwunden, und kann ich nun wieder ohne irgend welche Belästigung meinen Dienst wahrnehmen.

Da Tausende von Menschen an rheumatischen und gichtischen Schmerzen leiden, ohne davon durch den Gebrauch anderer Mittel befreit werden zu können, so halte ich es für meine Pflicht, alle meine Leidensgefährten auf die an meinem Körper erprobten, so herrlichen und weniger kostspieligen Parigischen Baldwoll-Artikel mit der Bitte aufmerksam zu machen, solche, wo sich dieselben wie bei mir bewähren, zum Wohle der leidenden Menschheit anderweit öffentlich empfehlen zu wollen.

Königsberg i. Pr., im November 1861.

de la Garde, Königl. Reg.-Secretär.

Auch ich führe ein Lager der Parigischen Baldwollwaaren und halte solches Allen, welche an **Gicht u. Rheumatismus** leiden, oder sich dagegen schützen wollen, zu geneigter Bedienung empfohlen, und stehe mit **Waldwoll-Unterleibern**, wie **Sacken**, **Hosen**, **Damenspenzern**, **Strickgarn**, **Waldwoll-Dei**, **Spiritus**, **Siqueur-Essenz**, **Kaffee**, **Seife**, **Pomade** etc. gern zu Diensten.

Ärztliche Zeugnisse u. Gebrauchs-Anweisungen gratis.

A. W. Jantzen,

Bade-Anstalt, vorstädt. Graben 34.

Avis

für Oekonomen.

Unter den vielen Bestätigungen über die Heilkraft und Wirksamkeit des in unserem Blatte so oft besprochenen **Korneuburger Viehpulvers**, welche in den Depots zur Einsicht vorliegen, theilen wir eine nachstehend mit:

„Mit meinem verbindlichen Danke für die bald-gefällige Uebersendung des verlangten **Korneuburger Viehpulvers**, kann ich Euer Wohlgebornen zu meinem Vergnügen auch die erfreuliche Mittheilung machen, daß dessen Wirkung überraschend schnell und heilbringend bei einem meiner Reitperde sich erwies, welches seit längerer Zeit an einem bedenklichen Husten litt, der durch früher angewandte Heilmittel nichtgehoben werden konnte, und jetzt nach Ihrem Heilpulver sich gänzlich verloren hat. Genehmigen Sie etc.

Kehl, den 27. August 1857.

Freiherr von Weller,

Major und Commandant von Kehl.“

In Danzig bei Hrn. **W. Hoffmann**, Rathsapotheker.

„**Culm a. W.** bei Hrn. **C. Quiring**, Apotheker.

„**Rautenberg** in der Apotheke.

„**Marienwerder** bei Hrn. **R. Schweizer**, Apotheker.

„**Fraust** bei Hrn. **S. Th. Guse**, Apotheker.

Jedes Packet trägt zum Zeichen der Echtheit die drei Medaillen und die Firma der Kreis-Apotheke zu Korneuburg auf der Vignette.

Anacahuita Thee,

neuerdings für Husten-, Brust-, Schwindsucht- und Lungenleidende viel empfohlen, ist echt bei mir zu haben. Dieses obige Pulz habe ich zur Bequemlichkeit des Publikums in Packeten von 1 $\frac{1}{2}$ und 3 Thlr. Pr. Cour. eingetheilt. Aufträge mit Rimeffen versehen führe ich prompt aus. Bitte zu frankiren.

N. Horwitz,

Hamburg, Rohlhöfen 27.